

Preis DM 1,50
POSTABONNEMENTS
WRO DM 8,40 Jahr
Ausland DM 10,- Jahr
Schweiz sfr 10,- Jahr
Österreich s 90,- Jahr

MONATSZEITUNG

JAHRGANG 11 Nr. 8 1969



was tun



Verlag: ...
Redaktion: ...
Druck: ...

LASST TAUSEND ROTE PUNKTE BLÜHEN

Die Aktionen gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife in Hannover und Heidelberg sind zweifelslos eine Wegmarke in der Entwicklung der revolutionären Linken in Deutschland. Aus mehreren Gründen.

Die revolutionäre Linke hat in ihrem kurzen Dasein bisher noch nie eine derartige Solidarität seitens der proletarischen Bevölkerung gefunden, und noch nie ist es bisher gelungen, innerhalb der proletarischen Bevölkerung selbst eine derartige wechselseitige solidarische Hilfeleistung zu erzeugen. Die für das kapitalistische Herrschaftssystem so notwendige Individualisierung, die wechselseitige Entfremdung der Menschen, war für eine kurze Zeit - die Zeit der "Rote-Punkt-Aktion" - mindestens in Teilbereichen aufgehoben. Zwischen revolutionärer Vorhut und Bevölkerung und innerhalb der Bevölkerung fand etwas statt, was es sonst nicht gibt - eine direkte Kommunikation. Diese direkte Kommunikation war für die Herrschenden eine unmittelbare Bedrohung. Keine Nachrichtenmanipulation konnte die eigenen praktischen Erfahrungen verfälschen oder ungeschehen machen. Darin lag eine der Ursachen für die Kraft der Aktion. Darin lag auch eine der Chancen der revolutionären Linken. Durch die "direkte Kommunikation", durch die Kommunikation der Basis, war es den Herrschenden nicht möglich, die revolutionäre Linke zu isolieren, indem sie dem kleinen Mann Angst einjagten und die radikalen linken Aktionen als gegen sein Interesse gerichtet - als Aktionen im Eigeninteresse einer "kleinen radikalen Minderheit" - verfälschten.

Die Kommunikation der Basis war neben der Verbindlichkeit der Aktion und der materiellen Interessiertheit großer Teile der proletarischen Bevölkerung ein Grund dafür, daß sich die Gewerkschaftsbürokratie mindestens teilweise mit der Aktion solidarisierte. Aber selbst dort, wo sich die DGB-Bürokraten verbal solidarisierten, mußten sie sich den Vorwurf gefallen lassen,

daß mit den Gewerkschaften etwas nicht stimme, wenn Studenten und Schüler die Initiative zur Verteidigung elementarer Interessen des Proletariats ergreifen, wenn die Initiative bei den Studenten und Schülern bleibt und sich die Gewerkschaftsbürokraten auf Briefe, Resolutionen und Gespräche beschränken.

Proletariats demonstriert und durch die Demonstration Klassenbewußtsein in das Proletariat getragen werden kann, ist nicht neu.

Neu ist, daß ein Differenzierungsprozeß gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie ausgelöst werden konnte, der weit über das hinausgeht, was Betriebsbasisgruppen bis-

die auch auf gewerkschaftliche Institutionen wie Vertrauensleutekörper oder Betriebsrat Einfluß haben, Druck ausüben können oder in diesen Institutionen verwurzelt sind, hatte zu Folge, daß der Protest und die Kritik der Arbeiter gegen ihre Bürokraten auch nur verbal blieben. Der an sich wichtigere Kampf in den Fabriken

Tarifierhöhung „aufs schärfste“ verurteilt

„Die Lehrlinge und die Jugendvertreter der Firma Teifus GmbH verurteilen die Tarif-erhöhung der HSB AG aufs schärfste, deren Defizit auf Lehrlinge, Arbeiter, Schüler und Studenten abgewälzt werden soll. Wir unterstützen die Forderung, daß der Unternehmer die Kosten der Fahrt zum Arbeitsplatz trägt. Wir erklären uns solidarisch mit denen, die die Widerstandaktion gegen die Tarifierhöhung durchführen. Alle anwesenden Lehrlinge haben einstimmig der Resolution zugestimmt.“

„Wir solidarisieren uns“

„Hiermit solidarisieren wir uns mit den Forderungen der anderen Gruppen und der Studentenvereinigungen in Bezug auf die Fahrpreiserhöhung der HSB.“ Für die Wirtschaftsschule. Schulprediger Manfred Sowatzki.

her vermachten. Und zwar von außen. Das heißt, daß revolutionäre Linke keineswegs darauf beschränkt sein müssen, den Apparat "von innen her auszuhöhlen".

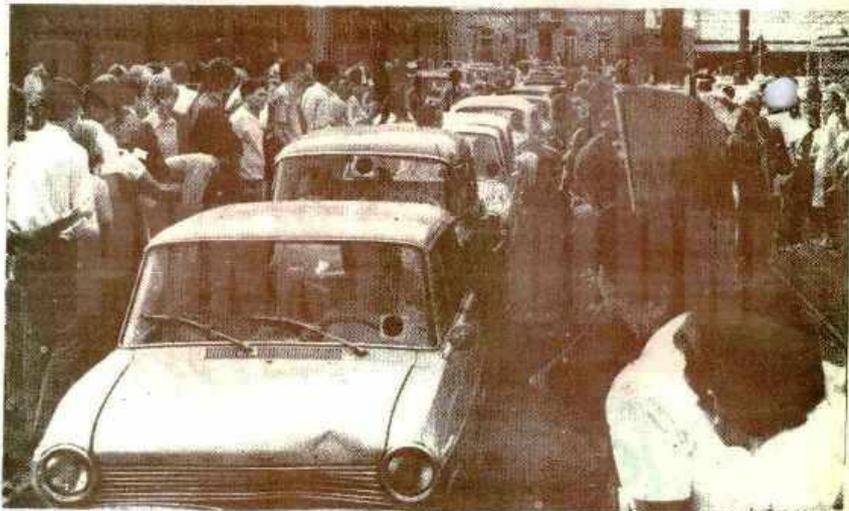
Allerdings: Die Einwirkung von außen hatte deutlich sichtbare Grenzen. Das Fehlen einer revolutionären Organisation mit starken Wurzeln im Betrieb, das Fehlen revolutionärer Betriebskader,

„Warum nicht früher etwas unternommen?“

„Die Schülerschaft der Johannes-Köppel-Realschule lehnt die erneute Fahrpreiserhöhung der HSB ab. Warum sollen wir, die Schüler einer solch weit geführten Sozialpolitik, die Schritte ausführen, die von der HSB einbezogen haben? Mit man denn nicht schon früher das stetig wachsende Defizit gesehen? Warum wartet man mit den Maßnahmen immer bis es zu spät ist? Hätte man nicht früher etwas ähnliches unternommen können um diesem unheimlichen Unterfangen auf die Sprünge zu helfen? Wenn die Fahrpreiserhöhung vom 15. Juni nicht zurückgenommen wird, werden wir uns hoch aktiv am „Kampf gegen die HSB“ beteiligen.“

konnte nicht von außen ausgelöst werden. Ebenso wenig wie solidarische Aktionen in den Fabriken anderer Städte.

Ein wesentlicher Faktor der gesamt-



ZENTRALBAHNHOF DER ROTEN PUNKTE: Die Haltestellen der Straßenbahn vor der Hauptpost wurden am Montag zu Bahnteigen der Milfaberweimilung.

ten "Rote-Punkt-Aktion" liegt indes im Charakter der Aktion selbst. Vor der Tarifierhöhung kamen Proteste aus vielen Kreisen: vom DGB bis zu liberalen Zeitungsleuten. Aber es war eben gerade die für den DGB typische Protestform, in den die Kapitulation von vornherein mit einkalkuliert ist. Mit anderen Worten ein Alibi-Protest. Allein die militante Aktion der "kleinen radikalen Minderheit", das ungesetzliche Vorgehen, vermochte eine Änderung herbeizuführen. Und nicht der verbale Protest, sondern der praktische, illegale Widerstand war in der Lage, die für den Erfolg nötige Solidarität zu erzeugen. Dies ist im Kampf gegen die Arbeiterbürokratie eines der entscheidendsten Momente, ein Argument, das wir nicht oft genug herausstreichen können. Eine weitere wesentliche praktische Alternative haben die Heidelberger Genossen aufgezeigt, als Vertreter des Stadtrats, die durch das Echo der "Rote-Punkt-Aktion" in der Bevölkerung hervorrief, weiche Kniee bekamen, den Vertretern des ASIA "Spitzengespräche" für einen Kompromiß anboten. Anstelle der "Verhandlungen" hinter verschlossenen Türen forderten die Genossen öffentliche Diskussion. Auch diese praktische Alternative hat eine große Bedeutung in unserem Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie, deren Tarifpolitik, deren "Spitzengespräche" und "Geheimdiplomatie".

Die Forderung der "Öffentlichkeit" aller, die Interessen der Arbeiterklasse betreffenden Fragen (und Institutionen) ist angesichts der immer stärker werdenden Integrations-tendenzen innerhalb der Gewerkschaften von zentraler Bedeutung. Nicht nur "gläserne Taschen der Unternehmer", wie es teilweise auch vom DGB gefordert wird, sondern allem "gläserne Taschen der Arbeiter" oder besser: gar keine bei den Gewerkschaften, bei den Betriebsräten!

Dennoch hat die "Rote-Punkt-Aktion" einen ambivalenten Charakter. Daß die Tarifierhöhung rückgängig gemacht werden konnte, ist ohne Einschränkung positiv zu bewerten. Die Form dieser sich nicht an legalistische Formalitäten haltenden militanten Aktion knüpft an die beste Tradition der Arbeiterklasse. Sie kann dazu dienen, diese Tradition im Proletariat neu zu beleben.

Es wäre aber völlig verfehlt, es bei diesem Ergebnis zu belassen. Die Ansatzpunkte, die diese Aktion in den Betrieben geschaffen hat, und die ähnliche oder gleiche Aktionen in Zukunft schaffen werden, müssen genutzt werden, die politischen Konsequenzen eines solchen reformistischen Teilsieges aufzuzeigen. Tun wir das nicht, dann tragen wir

nichts dazu bei, den materiellen Nullwert solcher Siege im Kapitalismus nachzuweisen.

Mit anderen Worten: Nicht nur dort, wo die "Rote-Punkt-Aktionen" stattfanden, sondern wo immer möglich, müssen wir das Echo nutzen, um die zur Absicherung eines Teilsieges notwendigen nächsten Schritte, Übergangslösungen, zu propagieren.

Weitertragen der Aktion in zweierlei Hinsicht. Einmal darf die Forderung "Nulltarif" nicht wieder verstummen. Sie muß Ausgangsbasis für die Forderung einer ganzen Reihe "freier Waren" werden. Die Entwicklung der Produktivkräfte im Spätkapitalismus ermöglichte schon längst freie Waren auf vielen Sektoren. Die Irrationalität

der kapitalistischen Profitwirtschaft kann daran exemplarisch und leicht verständlich demonstriert, das Bewußtsein zur Überwindung dieses Systems geschaffen werden. Zum andern gilt es aufzuzeigen, wie konkret Teilsiege, wie die Herabsetzung der Tarife ohne weiteres vom Kapitalismus ausgehöhlt werden. Wir müssen zeigen, wie der Staat die Interessen des Großkapitals durch tausendfache Hilfe - von Subventionen über die Steuergesetzgebung bis zum Wirtschaftsgangsterium - wahrnehmen muß, wie er alle anderen Sektoren der Gesellschaft rigoros diesem Zweck unterordnet wird, um seine Rolle als kapitalistischer Subventionator zu erfüllen. Wir müssen zeigen, wie die Profit- und Preisautonomie der Kapitalisten diesen gestattet, auch die beste, aber lediglich ökonomisch

geführte Gewerkschaftspolitik zu unterlaufen. Wir müssen aufzeigen, wie die finanzielle Misere der Kommunen (und von Teilbereichen der Kommunen, wie dem Verkehrswesen) ein direktes Ergebnis der Rolle des Staates als Profitgarant des Kapitals ist. Kurz, wir müssen plastisch, konkret, anhand der kapitalistischen Scheiße die Notwendigkeit der Arbeiterkontrolle der Produktion zur Absicherung des Lebensstandards der Arbeiterklasse beweisen. Und das ausgehend von dieser (und künftigen ähnlichen), von allen verstandenen "Roten-Punkt-Aktion". Der Rote Punkt darf nicht mehr länger Symbol der "Mittelfraktion" bleiben. Roter Punkt muß Symbol werden für Arbeiterkontrolle der Produktion.

Lothar Boepple

SPALTET, GENOSSEN...

Resolution der linken Fraktion in der Sozialistischen Betriebsgruppe Ludwigshafen (SBL)

Im Bewußtsein, daß die traditionellen Arbeiterorganisationen die Bedürfnisse der Lohnabhängigen nicht mehr ausreichend vertreten, haben sich Genossen aus der BASF und anderen Betrieben zur Sozialistischen Betriebsgruppe Ludwigshafen zusammengeschlossen. Die SBL versteht sich ausdrücklich als eine Gruppierung, die unabhängig von den traditionellen Apparaten eine Betriebsarbeit auf sozialistischer Basis in Angriff nehmen wollte...

... Das beinhaltet zwangsläufig, daß diese Gruppierung nur den Charakter einer Einheitsfront haben konnte und jeder Tendenz die Möglichkeit zur Fraktionsarbeit gegeben werden mußte.

Die linke Fraktion versteht unter sozialistischer Betriebsarbeit:

- I. Durch die Analyse des spät-kapitalistischen Systems zu einer revolutionären Strategie auf Betriebsebene zu finden
- II. Diese Analyse und diese Strategie machen es notwendig, latent vorhandene Konflikte im spätkapitalistischen System offenkundig zu machen und im Betrieb entstehende Auseinandersetzungen, soweit sie einen systemsprengenden Inhalt besitzen, voranzutreiben. Dabei müssen revolutionäre Alternativlösungen aufgezeigt werden.
 - a) eine mögliche Forderung innerhalb dieser Betriebsarbeit ist die Forderung der Arbeiterkontrolle. Sie beinhaltet im Gegensatz zur reformistischen Forderung nach "Mitbestimmung", die integrierenden Charakter hat, also die Gegensätze innerhalb des Systems verschleiern

hilft, Elemente einer neuen Gesellschaft, knüpft jedoch an bereits im Bewußtsein der Arbeiterklasse vorhandene Bedürfnisse an. Auf diesem Wege, der zwangsläufig zur Konfrontation mit dem Kapitalismus führt, kann das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterklasse geweckt werden.

b) Diese Strategie schließt ein, daß man Probleme wie zum Beispiel das der Lehrlingsausbildung für eine Mobilisierung nützt. Sie schließt jedoch aus, daß man durch das Anpreisen von Teillösungen, die systemimmanent verwirklicht werden können, neue Illusionen weckt. Diese Mobilisierung muß vielmehr das Bewußtsein heben, daß elementare Bedürfnisse der Lohnabhängigen vom bestehenden System nicht befriedigt werden können.

c) Aufgrund der Analyse und durch persönliche Erfahrungen ist die Fraktion zu dem Schluß gekommen, daß objektiv die Gewerkschaftsführung die Arbeiterklasse in das kapitalistische System integriert. Deshalb kann eine Gewerkschaftsarbeit nur dann sinnvoll sein, wenn sie den Differenzierungsprozess in den Gewerkschaften zwischen Basis und Führung vorantreibt. Dabei müssen allerdings ultralinke Phrasen, wie die vom angeblich "faschistischen Charakter" der Gewerkschaften, vermieden werden.

d) Bei der Agitation müssen vor allem auch die Möglichkeiten außerhalb der bestehenden Organisationen und Institutionen

genutzt werden. Daher will die linke Fraktion eine sozialistische Betriebszeitung herausgeben, die die Aufgabe hat, die oben genannten Inhalte agitatorisch zu vermitteln.

Aufgrund der bisherigen Erfahrung hat sich gezeigt, daß die Genossen der SDAJ/DKP eine neoreformistische Politik vertreten. Das hat sich unter anderem erwiesen

- a) bei der fast bedingungslosen Unterordnung dieser Genossen unter die Gewerkschaftsbürokratie,
- b) bei der kritiklosen Übernahme von reformistischen Forderungen,
- c) in der theoretischen Verurteilung der linken Fraktion als ultralinke Sektierer und abenteuerliche Spalter der "Einheit" der Arbeiterklasse.

Auf der Lehrlingsdemonstration in Köln gegen das Berufsausbildungsgesetz kam diese rechtsopportunistische Tendenz der SDAJ/DKP-Genossen dadurch zum Ausdruck, daß sie das Bestreben der Gewerkschaftsbürokratie, eine Diskussion über eine revolutionäre Alternative zu verhindern, durch ihr Verhalten praktisch deckten.

Außerdem versuchten sie, durch verleumderische Angriffe gegen Genossen der linken Fraktion die SBL unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Politik der SDAJ/DKP macht es der linken Fraktion unmöglich, ihre Vorstellungen von einer sozialistischen Betriebsarbeit zu verwirklichen. Daher ist eine Zusammenarbeit mit Genossen, die diese Praxis weiter verfolgen, unmöglich geworden.

Deshalb wird sich die linke Fraktion als eigene Gruppe konstituieren und ihr Konzept einer revolutionären Betriebsarbeit zu verwirklichen suchen.